

Presseerklärung

Die Roma-Familie Ajeti darf nicht abgeschoben werden!

Protest des Forums solidarisches und friedliches Augsburg und der Flüchtlingsinitiative Augsburg

Augsburg, 22.01.2012

Die Familie Ajeti, die Mutter und vier Kinder im Alter von drei bis zehn Jahren sollen mit Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge Deutschland innerhalb einer Woche verlassen. Die Roma-Familie kam im Dezember über München nach Mering in die neue Gemeinschaftsunterkunft in der Pension Niedermaier, nachdem sie Asylantrag gestellt hatte. In ihrem Heimatort Bujanovac bei Vranje, nahe Kosorska Kamenica, im serbischen Grenzgebiet zum Kosovo, fühlte sich die Familie nicht



Flüchtlingsunterkunft Pension Niedermaier in Mering, 22.1.2012

mehr sicher. Der Vater wurde ständig geschlagen, die Familie bedroht und ihr Haus aus dem Kataster entfernt. Der Nachbar habe mitgeteilt, dass das Haus nicht mehr beim Katasteramt registriert ist und beabsichtige nun, sich den Besitz der Romafamilie anzueignen. In dem Gebiet machen inzwischen Skipitaren, das sind Einwohner Serbiens albanischer Abstammung, 90 % der Bevölkerung aus. Serbische Einwohner werden drangsaliert verdrängt. Auch die serbische Polizei soll nach unseren Informationen so

eingeschüchtert sein, dass sie sich nicht mehr in der Lage sieht, die serbische Minderheit zu schützen. Nachdem das Kosovo völkerrechtswidrig seine Unabhängigkeit von Serbien erlangte, gibt es Tendenzen des neuen kosovarischen Staates, auch noch auf serbisches Gebiet auszugreifen und Gebiete zu beanspruchen.

Sollte die Familie Ajeti der Aufforderung zur Rückreise nicht nachkommen, werde sie nach Serbien abgeschoben, heißt es im Bescheid des Bundesamtes vom 18. Januar. Damit würde die Familie gewaltsam getrennt, der Vater befindet sich in Nordrhein-Westfalen noch im Asylverfahren. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hält den Antrag der Roma-Familie für „offensichtlich unbegründet“, die Familie sei „unverfolgt“ ausgereist, eine „politische“ Verfolgung wegen einer Gruppenzugehörigkeit kann das Bundesamt nicht erkennen und sei auch „bei einer Rückkehr nach Serbien mit hinreichender Sicherheit zu befürchten“.

Die zynische Begründung des Bundesamtes lautet u.a.: „Gemäß Art. 16 a Abs. 1 GG genießen politisch Verfolgte Asylrecht. Politische Verfolgung im Sinne des Art. 16 a Abs. 1 GG ist dabei grundsätzlich nur vom Staat ausgehende oder doch zumindest ihm zuzurechnende Verfolgung. Eine Verfolgung ist dann eine politische, wenn sie dem Einzelnen in Anknüpfung an seine politische

Überzeugung, seine religiöse Grundentscheidung oder an für ihn unverfügbare Merkmale, die sein Anderssein prägen, gezielt Rechtsverletzungen zufügt, die ihn ihrer Intensität nach aus der übergreifenden Friedensordnung der staatlichen Einheit ausgrenzen...“

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Familie Ajeti, noch dazu getrennt vom Familienvater, im serbischen Grenzgebiet vor dem Nichts steht und stranden wird.

Die Flüchtlingsorganisationen wissen ziemlich genau, was abgeschobene Roma im Kosovo genauso wie Serbien erwartet:

Ehemaliger Familienbesitz im Kosovo, wie Grundstücke und Häuser, ist in vielen Fällen zerstört oder mittlerweile von Anderen genutzt und eine Zurückforderung ist meist wegen verloren gegangener Unterlagen unmöglich.

Rückkehrer und Binnenflüchtlinge leben im Kosovo, Serbien und Montenegro ausgegrenzt vom Rest der Gesellschaft, oft in Baracken ohne fließendes Wasser oder Heizung. Die Siedlungen liegen teilweise direkt auf Müllkippen oder mit Chemikalien verseuchtem Boden und können von den Bewohnern nicht gefahrlos verlassen werden.

Die Roma werden dort als „Zigeuner“ diskriminiert und sind immer wieder rassistischen Angriffen und Beleidigungen ausgesetzt. Sie haben fast keine Chance auf eine geregelte Arbeitsstelle. Im Kosovo liegt die allgemeine Arbeitslosenquote bei mehr als 45%, die der Roma bei nahezu 100%. Viele von ihnen, auch Kinder und Jugendliche, müssen Müll sammeln um zu überleben. Oft wird wegen fehlender Papiere der Zugang zu Gesundheitsversorgung, Schulbildung der Kinder und Sozialleistungen im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit verweigert. Schon jetzt ist es dort also für Roma-Flüchtlinge nicht möglich, in Sicherheit und Würde zu leben. Die „Reintegration“ tausender aus Europa abgeschobener Roma ist vor diesem Hintergrund illusorisch.

Unabhängige Beobachter, wie UNHCR oder der EU-Menschenrechtskommissar, schätzen die Situation der Roma im Kosovo übereinstimmend als sehr kritisch ein und haben mehrfach an die Bundesregierung appelliert, die Abschiebungen zu stoppen. UNHCR hat auch betont, dass Serbien keine Alternative für Kosovo-Roma darstellt.

Die Bundesregierung aber erkennt die Wirklichkeit nicht an und hält an ihrer unmenschlichen Abschiebep Praxis fest. Die Abschiebungen sind gnadenlos und werden in den letzten Monaten immer häufiger. Dieser Zustand ist, besonders vor dem Hintergrund der Verfolgung und Ermordung der Roma im Nazi-Regime, unerträglich! Die Bundesrepublik Deutschland hat mit ihrer Beteiligung an dem brutalen und völkerrechtswidrigen Angriff auf Jugoslawien 1999 den Scherbenhaufen mit geschaffen, vor dem jetzt auch die Roma stehen.

In dieser zurzeit ausweglosen Lage für die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien muss es endlich ein echtes Bleiberecht geben, das Roma in Deutschland die uneingeschränkte Teilhabe in der Gesellschaft ermöglicht.

für die Flüchtlingsinitiative Augsburg

Peter Feininger

Tel. 0821/52 55 51

Mobil 0176/45 50 5531

Email: info@forumaugsburg.de